



**Gewinn- und Verlustrechnung  
der Berliner Freiverkehr (Aktien) AG  
für die Zeit vom 01.01.2005 bis zum 31.12.2005**

	2005		2004	
	€	€	€	€
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	422.540,88			457.923,35
b) festverzinslichen Wertpapierern und Schuldbuchforderungen	<u>63.832,50</u>	486.373,38		90.488,28
2. Zinsaufwendungen		<u>- 1.506,64</u>	484.866,74	- 34,29
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslicher Wertpapieren			158.289,85	150.231,70
4. Provisionserträge		5.561.661,37		4.876.584,36
davon:				
Courtageerträge	5.323.630,26			4.817.613,73
5. Provisionsaufwendungen		<u>- 4.318.332,47</u>	1.243.328,90	- 2.838.408,55
davon:				
Courtageaufwendungen	- 2.636.945,88			- 2.499.625,42
6a. Ertrag aus Finanzgeschäften		22.979.544,37		18.357.155,16
davon:				
aa) Wertpapiere	4.849.207,99			1.778,24
ab) Kursdifferenzen aus Aufgabegeschäften	18.128.524,15			18.321.417,72
6b. Aufwand aus Finanzgeschäften		<u>- 15.058.483,53</u>	7.921.060,84	- 11.321.173,38
davon:				
ba) Wertpapiere	- 3.150.935,38			- 73.034,91
bb) Kursdifferenzen aus Aufgabegeschäften	- 11.840.599,92			- 11.153.941,02
7. Sonstige betriebliche Erträge			1.120.896,90	911.684,77
8. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	- 3.965.190,00			- 3.778.893,35
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersvorsorge und für Unterstützung	<u>- 659.218,64</u>	- 4.624.408,64		- 621.372,53
darunter: für Altersvorsorge 30.730,50 €				10.343,10
b) andere Verwaltungsaufwendungen		<u>- 4.264.942,55</u>	- 8.889.351,19	- 4.296.834,69
9. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immateriell Anlagewerte und Sachanlagen			- 357.099,43	- 632.008,93
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen			- 67.462,51	- 524.670,31
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		- 19.412,87	- 19.412,87	- 285.502,68
<b>12. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit</b>			<b>1.595.117,23</b>	<b>545.168,91</b>
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		- 137.101,59		- 6.513,10
14. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Position 10 ausgewiesen		-	- 137.101,59	- 5.669,73
<b>15. Jahresüberschuss</b>			<b>1.458.015,64</b>	<b>532.986,08</b>
16. Verlustvortrag aus dem Vorjahr			-	- 46.856,19
17. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus anderen Gewinnrücklagen		1.508.327,58	1.508.327,58	-
18. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die gesetzliche Rücklage		- 97.207,27	- 97.207,27	-
<b>19. Bilanzgewinn</b>			<b>2.869.135,95</b>	<b>486.129,89</b>

Berlin, 31. Januar 2006

Jörg Hartmann

Kerstin Timm

Holger Timm

## **Anhang der Berliner Freiverkehr (Aktien) AG**

### **A. Allgemeine Angaben zur Gliederung des Jahresabschlusses sowie zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden**

#### **Aufstellung des Jahresabschlusses**

Der Jahresabschluss der Berliner Freiverkehr (Aktien) AG zum 31. Dezember 2005 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) sowie der letztmalig am 22. Mai 2005 geänderten Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Die Gliederung des Jahresabschlusses erfolgt nach der RechKredV; für die Gewinn- und Verlustrechnung wurde die Staffelform gewählt.

Die Aufstellung des Jahresabschlusses wurde in €vorgenommen.

#### **Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze**

Bilanzierung und Bewertung entsprechen den gesetzlichen Vorschriften.

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sind zum Nennwert bilanziert. Wertpapiere sind in § 7 der RechKredV definiert, in der Bilanz weisen wir den Bestand per 31. Dezember 2005 in den Positionen "Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere" und "Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere" aus. Beim Ausweis von Erträgen/Aufwendungen unterscheiden wir bei Wertpapieren zwischen Handelsbeständen, Beständen der Liquiditätsreserve (Wertpapiere, die weder wie Anlagevermögen behandelt werden, noch Teil des Handelsbestands sind) und Wertpapieren, die wie Anlagevermögen behandelt werden. In den beiden ersten Fällen handelt es sich um Bestände des Umlaufvermögens, die unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips pro Wertpapiergattung zu den fortlaufend ermittelten Durchschnittswerten oder niedrigeren Tageswerten des Bilanzstichtags bewertet werden. Wertpapiere, die wie Anlagevermögen behandelt werden, sind in der Bilanz nicht enthalten.

Erkennbaren Risiken ist durch Wertberichtigungen und Rückstellungen Rechnung getragen.

Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen haben wir zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten und, soweit abnutzbar, unter Berücksichtigung planmäßiger linearer handelsrechtlich zulässiger Abschreibungen bewertet. Die geringwertigen Wirtschaftsgüter werden von uns im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben und ausgebucht.

Verbindlichkeiten bilanzieren wir, soweit sie verzinslich sind, mit ihrem Rückzahlungsbetrag. Unverzinsliche Verbindlichkeiten werden, sofern vorhanden, zum Barwert angesetzt. Lieferverbindlichkeiten aus dem Leerverkauf von Wertpapieren sind in Höhe des Wertes der Wertpapiere zum Veräußerungszeitpunkt unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ausgewiesen.

Die Rückstellungen für Steuern, ungewisse Verbindlichkeiten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften haben wir in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahmen nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung gebildet. Rückstellungen für drohende Verluste wurden für Leerverkäufe von Wertpapieren und schwebende Aufgabegeschäfte gebildet.

Die zum Bilanzstichtag ermittelten anteiligen Zinsen werden bei den zugrunde liegenden Forderungen oder Verbindlichkeiten ausgewiesen.

### **Währungsumrechnung**

Die Bewertung der auf Fremdwährung lautenden Vermögensgegenstände und Schulden ist nach den Bestimmungen des § 340h HGB vorgenommen worden. Eine Abweichung erfolgte für Aktien, die an einer Börse in €notiert werden und deren Nennwert bzw. deren rechnerischer Nennwert (z.B. Stückaktien) auf Fremdwährung lautet. Hierunter können zum Beispiel Aktien von US-amerikanischen Gesellschaften fallen, deren Kapital auf US-Dollar lautet. Diese Wertpapiere haben wir unter Beachtung des Niederstwertprinzips mit den Anschaffungskosten oder den in €an einer deutschen Börse festgestellten Schlusskursen zum 30. Dezember 2005 bewertet.

Alle anderen auf Fremdwährungen lautenden Vermögensgegenstände und Schulden wurden zu Referenzkursen der Europäischen Zentralbank oder, falls keine Referenzkurse festgestellt werden, zu am Devisenmarkt ermittelbaren Mittelkursen des Bilanzstichtages umgerechnet. Für die Bilanzposten wurde, sofern Aktiv- und Passivpositionen auf die selbe Währung lauten, die Methode der einfach gedeckten Vermögensgegenstände und Schulden angewendet und das Wahlrecht der ausschließlichen Realisierung der Verluste aus der Währungsumrechnung gemäß § 340h HGB wahrgenommen.

## **B. Erläuterungen zur Bilanz**

### **Restlaufzeitengliederung**

Die **Fristengliederung nach Restlaufzeiten** stellt sich wie folgt dar:

<b>in EUR</b>	<b>2005</b>	<b>2004</b>
<b>Andere Forderungen an Kreditinstitute</b>		
a) bis zu drei Monaten	15.927.352,41	20.140.309,96
b) mehr als drei Monate bis ein Jahr	0,00	0,00
c) mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	0,00	0,00
d) mehr als fünf Jahre	0,00	0,00
	<b>15.927.352,41</b>	<b>20.140.309,96</b>
<b>Forderungen an Kunden</b>		
a) bis zu drei Monaten	0,00	0,00
b) mehr als drei Monate bis ein Jahr	0,00	0,00
c) mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	0,00	0,00
d) mehr als fünf Jahre	0,00	0,00
e) mit unbestimmter Laufzeit	225.208,70	200.689,11
	<b>225.208,70</b>	<b>200.689,11</b>

## Forderungen und Verbindlichkeiten an bzw. gegenüber verbundenen Unternehmen

### Gliederung nach Bilanzpositionen

<b>in TEUR</b>	<b>2005</b>	<b>2004</b>
<b>Forderungen:</b>		
Forderungen an Kreditinstitute	17.458	19.192
Forderungen an Kunden	-	-
sonstige Vermögensgegenstände	8	52
aktive Rechnungsabgrenzungsposten	8	9
<b>insgesamt</b>	<b>17.474</b>	<b>19.253</b>
<b>Verbindlichkeiten</b>		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-	-
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-	-
Rückstellungen	-	-
sonstige Verbindlichkeiten	816	26
<b>insgesamt</b>	<b>816</b>	<b>26</b>

### Gesamtbetrag aller auf Fremdwährung lautenden Vermögensgegenstände und Schulden

Die Beträge stellen die Summen aus den €Gegenwerten der verschiedensten Währungen dar. Aus dem Unterschiedsbetrag kann nicht auf offene Fremdwährungspositionen geschlossen werden.

<b>in TEUR</b>	<b>2005</b>	<b>2004</b>
Vermögensgegenstände	1.380	1.101
Schulden	531	-

## Börsenfähige Wertpapiere

<b>in TEUR</b>	<b>2005</b>	<b>2004</b>
<b>börsennotiert</b>		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	149	0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.975	752
Anteile an verbundenen Unternehmen	0	0
<b>nicht börsennotiert</b>		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.800	4.493
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	9.265	5.425
Anteile an verbundenen Unternehmen	0	0

Die im Bestand befindlichen Wertpapiere sind alle börsenfähig. Bei den nicht börsennotierten Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren handelt es sich um Commercial Paper eines Inländischen Kreditinstitutes sowie um ein Zertifikat eines ausländischen Kreditinstitutes.

Die Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren haben mit Ausnahme des Zertifikates und einer Wandelschuldverschreibung, insgesamt 2.644 T€ eine Restlaufzeit von unter einem Jahr. Das Zertifikat, 300 T€ ist ohne feste Laufzeit, kann aber zum 25. August eines jeden Jahres an den Emittenten zurückgegeben werden. Die Wandelschuldverschreibung, 5 T€ hat nominell eine Laufzeit von über einem bis unter fünf Jahren. Die nicht börsennotierten Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere enthalten 454 T€börsenfähige Aktien, 2.000 T€Anteile an einem Aktienfonds und 6.811 T€Anteile an Geldmarktfonds.

### Entwicklung des Anlagevermögens

in EUR	Anschaffungs- kosten	Zugänge Geschäftsjahr	Abgänge Geschäftsjahr	Umbuchungen	Abschrei- bungen insgesamt	Abschrei- bungen Geschäftsjahr	Restbuchwert 31.12	Restbuchwert Vorjahr
<b>immaterielle Anlagewerte</b>								
Software	1.130.821,54	78.161,78	-	46.400,00	1.122.639,32	85.471,78	132.744,00	93.654,00
Anzahlungen auf imm. Anlagewerte	46.400,00	-	-	- 46.400,00	-	-	-	46.400,00
<b>immaterielle Anlagewerte</b>	<b>1.177.221,54</b>	<b>78.161,78</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>1.122.639,32</b>	<b>85.471,78</b>	<b>132.744,00</b>	<b>140.054,00</b>
<b>Sachanlagen</b>								
Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.239.274,38	35.675,65	39.091,18	-	3.597.709,85	271.627,65	638.149,00	876.473,00
<b>Summe Sachanlagen</b>	<b>4.239.274,38</b>	<b>35.675,65</b>	<b>39.091,18</b>	<b>-</b>	<b>3.597.709,85</b>	<b>271.627,65</b>	<b>638.149,00</b>	<b>876.473,00</b>
<b>Summe Anlagevermögen</b>	<b>5.416.495,92</b>	<b>113.837,43</b>	<b>39.091,18</b>	<b>-</b>	<b>4.720.349,17</b>	<b>357.099,43</b>	<b>770.893,00</b>	<b>1.016.527,00</b>

### Sonstige Vermögensgegenstände

Die Sonstigen Vermögensgegenstände nehmen Posten auf, die auf der Aktivseite anderen Bilanzpositionen nicht zuzuordnen sind. Sie betreffen vor allem Forderungen an das Finanzamt aus überzahlten Steuern für die Veranlagungszeiträume 2000 und 2004 in Höhe von 158 T€ sowie an verbundene Unternehmen aus Kostenumlagen und Erstattungen in Höhe von 8 T€. Ferner sind hier Abgrenzungen von Erträgen aus der Durchleitung von ausländischen Wertpapierorders enthalten.

### Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten nehmen Posten der Passivseite auf, die anderen Bilanzpositionen nicht zuzuordnen sind. Von den 1.259 T€ entfallen 559 T€ auf Verbindlichkeiten beziehungsweise Abgrenzungen für bezogene Dienstleistungen im Rahmen der Wertpapierabwicklung durch die CCB Bank AG, 282 T€ auf Verbindlichkeiten und Abgrenzungen aus bezogenen Lieferungen und Leistungen, 200 T€ auf Verbindlichkeiten gegenüber der Ventegis Capital AG für den Erwerb von Aktien aus einer von der Ventegis gezeichneten Kapitalerhöhung, 146 T€ auf noch nicht abgeführte Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträge sowie 57 T€ auf an die Muttergesellschaft abzuführende Umsatzsteuer. Im Rahmen der Bewertung der auf Fremdwährung lautenden Forderungen und Verbindlichkeiten war ein Devisenausgleichsposten für nicht realisierte Gewinne in Höhe von 15 T€ zu bilden.

### Rückstellungen

In die Rückstellungen wurden Beträge eingestellt, die in die Erfolgsrechnung des Geschäftsjahres 2005 oder früher gehören, deren Höhe oder Fälligkeit aber noch nicht endgültig feststehen. Die Aufgliederung der anderen Rückstellungen ist der folgenden Aufstellung zu entnehmen:

Rückstellung für	31.12.05	31.12.04
Personalaufwendungen	269 T€	91 T€
Rückbaumaßnahmen	84 T€	79 T€
Kosten des Jahresabschlusses	81 T€	69 T€
Drohende Verluste aus schwebenden Geschäften	31 T€	30 T€
Mietnebenkosten	17 T€	25 T€
Drohende Verluste aus Leerverkäufen	12 T€	0 T€
Gebühren von Börsen für die Einführung von Wertpapiergattungen	11 T€	0 T€
Drohende Verluste aus Abwicklungsvereinbarung	0 T€	500 T€
Kosten der Wertpapierabwicklung	0 T€	35 T€
sonstige Aufwendungen	8 T€	58 T€
<b>Summe</b>	<b>513 T€</b>	<b>887 T€</b>

### Stammkapital / Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital betrug zum 31. Dezember 2005 23.000.000,00 Euro. Im vergangenen Geschäftsjahr erfolgten keine Kapitalveränderungen. Das Stammkapital der AG ist weiterhin eingeteilt in 23.000.000 Stück auf den Inhaber lautende Stückaktien. Alleinige Aktionärin und Muttergesellschaft im Sinne des § 290 HGB ist die Berliner Effektengesellschaft AG, die auch oberstes Konzernmutterunternehmen ist. Die Berliner Freiverkehr (Aktien) AG ist in den Konzernabschluss des Mutterunternehmens einbezogen, der im Bundesanzeiger veröffentlicht und beim Amtsgericht Charlottenburg hinterlegt wird. Ein genehmigtes Kapital besteht nicht.

## **Kapitalrücklagen**

Die alleinige Gesellschafterin hat im Geschäftsjahr keine Einlage in die Kapitalrücklagen vorgenommen.

## **Gewinnrücklagen**

Die Gewinnrücklagen haben sich zunächst in Höhe von 1.508.327,58 € verringert. Der Vorstand dotiert die gesetzliche Rücklage im Rahmen der Gewinnverwendung in Höhe von 97.207,27 €. In Höhe von weiteren 1.419.135,95 € schlägt er der Hauptversammlung die Dotierung der gesetzlichen Rücklage vor. Danach betragen die Kapitalrücklage und die gesetzlichen Rücklagen zusammen 10% des gezeichneten Kapitals gemäß der Anforderung des § 150 Abs. 2 AktG.

## **C. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung**

### **Erträge und Aufwendungen aus Finanzgeschäften**

Die Erträge und Aufwendungen aus Finanzgeschäften sind zum einen die Gewinne oder Verluste, die durch den Kauf und Verkauf von Finanzinstrumenten, insbesondere von Wertpapieren aufgrund von Marktpreisschwankungen entstehen. Abschreibungen auf Handelsbestände werden hiervon abgesetzt. Sie werden unter Erträgen bzw. Aufwendungen aus Finanzgeschäften a) Wertpapiere ausgewiesen. Ferner sind die Differenzen aus Aufgabengeschäften hier auszuweisen, die jeweils in der Unterposition b) angegeben werden. Erträge oder Aufwendungen aus Futures oder Optionen fielen im vergangenen Geschäftsjahr nicht an. Die Ergebnisse aus Devisenpositionen, die im Zusammenhang mit Handelsbeständen in Wertpapieren entstanden sind, sind in der Gesamtsumme enthalten.

### **Provisionserträge und -aufwendungen**

Die Provisionserträge und -aufwendungen enthalten die Erträge und Aufwendungen, die im Rahmen des Geschäftsbetriebes durch die Inanspruchnahme von Finanzdienstleistungen in Rechnung gestellt werden. Unter anderem sind hier auch die seitens der Abwicklungsbank in Rechnung gestellten Kosten für die Abwicklung des Wertpapierhandels enthalten. Courtageerträge und -aufwendungen werden handelstäglich brutto gebucht.

### **Sonstige betriebliche Erträge**

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten Positionen, die nicht dem eigentlichen Geschäft zuzuordnen sind. Die wesentlichen Positionen der insgesamt 1.121 T€ sind insbesondere 432 T€ Erträge aus Kostenumlagen an verbundene Unternehmen, 220 T€ für Projektunterstützungen, 200 T€ Entschädigungszahlung aus einer Abwicklungsvereinbarung, 141 T€ Erstattung von Vorauszahlungen auf Umlagen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und 97 T€ Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen. Von der Auflösung von Rückstellungen entfallen 61 T€ auf nicht eingetretene Verluste aus einer Abwicklungsvereinbarung. In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind vor allem periodenfremde Erträge aus Erstattungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, die die Jahre 2002 und 2004 betreffen, enthalten.

### **Periodenfremde Sachaufwendungen**

In den anderen Verwaltungsaufwendungen sind 4 T€ periodenfremde Sachaufwendungen enthalten.

### **Steuern**

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betreffen Steuern für vergangene Jahre aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit sowie Steuervorauszahlungen und -rückstellungen für 2005. Die Rückstellungen für voraussichtliche Steuerzahlungen betragen 116 T€. Im Geschäftsjahr erfolgte eine Außen-

prüfung des Finanzamtes für Körperschaften I in Berlin, welche die Geschäftsjahre 2000 bis 2002 betraf. Berichte über das Prüfungsergebnis liegen bisher nicht vor.

## D. Sonstige Angaben

### Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Aus abgeschlossenen Miet-, Leasing- und Wartungsverträgen bestehen Verpflichtungen in Höhe von 3.383 T€ Sie betreffen in erster Linie die mit einer Laufzeit bis zum 31. Dezember 2009 abgeschlossenen Mietverträge für Büroräume.

Die Berliner Freiverkehr (Aktien) AG hat Avalkredite bei der CCB Bank AG und der Delbrück Bethmann Maffei AG aufgenommen. Der Gesamtbetrag beläuft sich auf 8.356 T€ Die Avalkredite dienen vor allem als Sicherheitsleistung nach dem Börsengesetz für die Risiken aus der Abwicklung von Aufgabengeschäften und aus Kursdifferenzen. Für die Avalkredite haben wir Guthaben und Wertpapiere in entsprechender Höhe verpfändet.

Aus der Mitgliedschaft in der Entschädigungseinrichtung der Wertpapierhandelsunternehmen kann in Folge des Schadensfalles Phoenix Kapitaldienst GmbH eine Sonderumlage resultieren.

### Mitarbeiter

Die Anzahl der Mitarbeiter entwickelte sich wie folgt:

	weiblich	männlich	gesamt
<b>im Jahresdurchschnitt</b>			
Vorstandsmitglieder	1,0	2,0	3,0
Händler	6,3	28,3	34,6
Sonst. Angestellte	10,8	15,5	26,3
Mutterschutz	3,0	-	3,0
Werkstudenten	0,8	11,0	11,8
Praktikanten	0,3	-	0,3
<b>Gesamt</b>	<b>22,2</b>	<b>56,8</b>	<b>79,0</b>
darunter Teilzeitkräfte (volle Kopfzahl)	4,8	12,3	17,1
darunter Teilzeitkräfte (auf Vollzeitstellen umgerechnet)	3,4	4,3	7,7
<b>zum 31. Dezember 2005</b>			
Vorstandsmitglieder	1	2	3
Händler	7	30	37
Sonst. Angestellte	10	16	26
Mutterschutz	3	-	3
Werkstudenten	1	9	10
Praktikanten	-	-	-
<b>Gesamt</b>	<b>22</b>	<b>57</b>	<b>79</b>
darunter Teilzeitkräfte (volle Kopfzahl)	4	11	15
darunter Teilzeitkräfte (auf Vollzeitstellen umgerechnet)	2,9	3,4	6,3

## **Organe der Berliner Freiverkehr (Aktien) AG**

Im folgenden sind gemäß § 285 Nr. 10 HGB die Mitglieder des Vorstandes und die Mitglieder des Aufsichtsrates sowie deren Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und vergleichbaren Kontrollgremien in- und ausländischer Wirtschaftsunternehmen zum 31. Dezember 2005 aufgelistet.

### **Mitglieder des Vorstands**

**Jörg Hartmann**, Berlin

ausgeübte Tätigkeit: Börsenhändler, Bereich Handel in inländischen Werten,

**Holger Timm**, Berlin

ausgeübte Tätigkeit: Vorsitzender des Vorstandes sowie Sprecher des Vorstandes der Muttergesellschaft,

Vorsitzender des Aufsichtsrates

CCB Bank AG, Berlin

Ventegis Capital AG, Berlin

Mitglied des Aufsichtsrates

EuroChange AG, Berlin

**Kerstin Timm**, Berlin

ausgeübte Tätigkeit: Börsenhändlerin, Bereich Handel in ausländischen Werten,

### **Mitglieder des Aufsichtsrates**

**Dr. Jörg Franke**, Frankfurt am Main

ausgeübte Tätigkeit: Sprecher des Vorstandes der Muttergesellschaft

Vorsitzender des Aufsichtsrates

RTS Realtime Systems (Deutschland) AG, Frankfurt  
am Main

stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrates

Berliner Börse AG, Berlin

Mitglied des Aufsichtsrates

Mummert Consulting AG, Hamburg

Europäische Warenbörse Beteiligungsgesellschaft, Hannover (seit 14. Oktober 2005)

Mitglied des Vorstands

Bundesverband der Wertpapierfirmen an den deutschen Börsen, Berlin und Frankfurt am  
Main

Vorsitzender des Börsenrats

Börse Berlin-Bremen, Berlin und Bremen

Mitglied des Beirates

Hauck & Aufhäuser Privatbankiers KGaA, Frankfurt am Main

Industrie und Handelsunion, Dr. Wolfgang Boettger GmbH und Co. KG, Berlin

**Wolfgang Hermanni**, Berlin, (Vorsitzender)

ausgeübte Tätigkeit: Kaufmann

Vorsitzender des Aufsichtsrates

Berliner Effektengesellschaft AG, Berlin

EuroChange AG, Berlin

Mitglied des Aufsichtsrates

CCB Bank AG, Berlin (bis 21. April 2005)

Ventegis Capital AG, Berlin (bis 31. August 2005)

**Dr. Andor Koritz**, Berlin (stellv. Vorsitzender)  
ausgeübte Tätigkeit: Rechtsanwalt

Mitglied des Aufsichtsrates

Berliner Effektengesellschaft AG, Berlin

CCB Bank AG, Berlin

Sachsen LB Business Support AG, Leipzig (seit 31. Mai 2005)

### **Organbezüge**

Die Vorstandsmitglieder erhielten von der Berliner Freiverkehr (Aktien) AG Bezüge in Höhe von 578 T€ Davon entfielen 78 T€ auf geldwerte Vorteile aus dem Optionsprogramm 2003. Der Aufsichtsrat erhielt keine Bezüge.

### **Gewinnverwendungsvorschlag**

Der aus dem Vorjahr vorhandene Bilanzgewinn in Höhe von 486.129,89 € wurde auf Grund eines Beschlusses der Hauptversammlung an die alleinige Aktionärin, die Berliner Effektengesellschaft AG, ausgeschüttet. Der Vorstand schlägt der Hauptversammlung vor, vom Bilanzgewinn 2005 in Höhe von 2.869.135,95 € eine Dividende in Höhe von 1.450.000,00 € an die Muttergesellschaft auszuschütten. Der Restbetrag in Höhe von 1.419.135,95 € soll in die gesetzliche Gewinnrücklage zur vollständigen Dotierung eingestellt werden.

Berlin, den 31. Januar 2006

Berliner Freiverkehr (Aktien) AG

Jörg Hartmann

Kerstin Timm

Holger Timm

# Lagebericht der Berliner Freiverkehr (Aktien) AG zum Jahresabschluss per 31. Dezember 2005

## 1. Vorwort

Die Gliederung des Lageberichtes folgt den vom Deutschen Rechnungslegungs Standards Committee e.V. verabschiedeten im Deutschen Rechnungslegungs Standard 15 niedergelegten Regelungen.

## 2. Geschäft und Strategie

### 2.1. Organisation und Geschäftsfelder

Die Gesellschaft verfügt über die von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht erteilte Erlaubnis zum Betreiben folgender Geschäftsfelder:

Anlagevermittlung (§1 Abs.1a Satz 2 Nr.1 KWG)

Abschlussvermittlung (§1 Abs. 1a Satz 2 Nr. 2 KWG)

Eigenhandel für andere (§1 Abs. 1a Satz 2 Nr.4 KWG).

Die Erlaubnis umfasst das Recht, mit Finanzinstrumenten auf eigene Rechnung zu handeln.

Seit dem 21. Juli 2003 wurde die Erlaubnis um folgende Geschäftsfelder erweitert:

Finanzkommissionsgeschäft (§ 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 KWG) und

Emissionsgeschäft (§ 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 10 KWG).

Das Emissionsgeschäft wurde von der Gesellschaft bislang noch nicht aufgenommen.

Zur Umsetzung ihrer Geschäftsfelder ist die Gesellschaft als Skontroführer an der Frankfurter Börse und der Börse Berlin-Bremen tätig, hat weitere Börsenzulassungen in München, Stuttgart und Düsseldorf und betreibt als weiteren Schwerpunkt die eigene außerbörsliche Handelsplattform TradeGate®.

Die Gesellschaft versteht sich als so genannter Liquidity Provider bzw. Market Maker und stellt fortlaufend in rund 10.000 Wertpapiergattungen, überwiegend Aktien, An- und Verkaufspreise. Soweit die Gesellschaft ihre Tätigkeit als Skontroführer an den Börsen in Frankfurt und Berlin wahrnimmt, fließt ihr für Umsätze eine geringe Provision, die Maklercourtage, zu. Wesentliche Ertragsquelle ist aber das Finanzergebnis, das sich aus dem rechnerischen Spread zwischen Ankauf und Verkauf einer Position ergibt. Auf der eigenen Handelsplattform TradeGate® sowie an elektronischen Börsen oder Marktplätzen wie XETRA wird keine Maklerprovision fällig und als Ertrag kommt nur das Finanzergebnis aus An- und Verkauf in Betracht. Das Geschäft ist volumengetrieben und die Gesellschaft versucht daher, auf vielfältige Art und Weise möglichst viele Kunden mit ihren Preisen zu erreichen. Mittel- oder langfristige Risikopositionen aus dem Eigenhandel sind nicht vorgesehen und nicht Teil des Geschäftskonzeptes. Längerfristige Eigenbestände sind daher immer ausschließlich Teil der Liquiditätssteuerung der Gesellschaft und somit dem Vorstand vorbehalten.

Geschäftsführung, alle administrativen Bereiche und die überwiegenden operativen Bereiche sind am Hauptsitz der Gesellschaft in Berlin angesiedelt. In Frankfurt am Main unterhält die Gesellschaft eine technisch und personell voll ausgestattete Niederlassung für die lokal angesiedelte Skontroführung an der Frankfurter Börse.

Wegen der ständig zunehmenden Bedeutung des computergestützten Handels, liegt ein Schwerpunkt der Gesellschaft in den beiden Abteilungen IT-Operations und IT-Development. Die Gesellschaft ist daher in diesen Bereichen weitgehend autark und legt insbesondere Wert auf die Entwicklung proprietärer Programme für die Bereiche Handel, Handelsabwicklung und Risikocontrolling.

Die Geschäftsführung der Gesellschaft besteht aus drei Vorstandsmitgliedern, von denen zwei für die operativen Geschäftsbereiche einschließlich der Leitung der Niederlassung in Frankfurt zuständig sind, während der Vorstandssprecher schwerpunktmäßig für die strategische Planung und Koordination sowie die administrativen Bereiche wie Organisation, Back-Office, Middle-Office, Personalwesen, Compliance und Recht, Revision und Geldwäsche sowie Rechnungswesen einschließlich Controlling und Meldewesen zuständig ist. Zum Jahresende haben Vorstand und Aufsichtsrat beschlossen, die Geschäftsführung um ein Vorstandsmitglied zu erweitern, um der wachsenden Bedeutung der Weiterentwicklung und Vermarktung der außerbörslichen Plattform TradeGate<sup>®</sup> besser gerecht zu werden. Der bisherige Leiter des Bereiches IT-Development ist daher zum 1.1.2006 zunächst als Generalbevollmächtigter und mit aufschiebend bedingter Wirkung bezüglich der Zustimmung durch die Aufsichtsbehörden als Vorstand der Gesellschaft bestellt worden.

## **2.2. Wettbewerbsposition und Rahmenbedingungen**

Die Gesellschaft gehört zu den wenigen verbliebenen Wertpapierhandelsbanken bzw. Maklergesellschaften in Deutschland, denen es gelungen ist, eine kritische Masse für das Geschäftsmodell zu erreichen. Der Wettbewerb hat in den letzten Jahren zu einer schnell fortschreitenden Marktkonsolidierung geführt. Zahlreiche Börsenmaklergesellschaften mussten ihren Geschäftsbetrieb bereits einstellen oder wurden von größeren Gesellschaften übernommen. Im Bereich der Skontroführung hat die Gesellschaft zu dem Konsolidierungsprozess nicht aktiv durch Übernahme kleinerer Gesellschaften beigetragen, weil keine klar erkennbaren Synergieeffekte gegeben sind und der Bereich der Skontroführung in der langfristigen strategischen Planung der Gesellschaft eine eher untergeordnete Rolle spielt. Die Gesellschaft setzt vielmehr perspektivisch ausschließlich auf elektronische Handelsplattformen wie XETRA und investiert in neue Handels- und Abwicklungssoftware, um die Prozesskosten weitgehend automatisierter Dienstleistungen zu senken. Um die Abhängigkeit von einer mittelfristig monopolartigen Börsenveranstaltung wie XETRA zu vermeiden, wird weiter ein Schwerpunkt auf die Weiterentwicklung der eigenen außerbörslichen Informations- und Handelsplattform TradeGate<sup>®</sup> gelegt. Bei TradeGate<sup>®</sup> handelt es sich um ein so genanntes ECN, Electronic Communication Network, die in den vergangenen Jahren in den USA große Marktanteile gewinnen konnten. Für den Handel mit Aktien gibt es derzeit in Deutschland keinen relevanten Wettbewerber zum Betrieb eines ECN's. Lediglich im Bereich der Optionsscheine und Zertifikate haben ECN's in Deutschland signifikante Marktanteile gewinnen können.

## **2.3. Ziele und Strategien**

Die Gesellschaft möchte ihre proprietären Handelssysteme weiter ausbauen und weitere Kunden gewinnen. Die Produkte der Gesellschaft (An- und Verkaufspreise) haben eine hohe Qualität und stoßen bei den angeschlossenen Kunden auf eine große Akzeptanz. Neben der Qualität kann die Gesellschaft mit ihren Produkten insbesondere Kostenvorteile bei der Abwicklung der Geschäfte weitergeben und ist gerade bei ihrer eigenen Plattform in der Lage, auch außerhalb der üblichen Börsenhandelszeiten ihre Dienstleistung zur Verfügung zu stellen. Zur Neukundengewinnung ist es aber unumgänglich, die angebotenen Preise auch auf mindestens einer börslichen Plattform wie XETRA zu zeigen, da dieses System eine flächendeckende, auch über Deutschland hinausgehende Verbreitung hat. Um potentiellen Neukunden und bestehenden wichtigen Kunden weitere Kostenvorteile in der Abwicklung ihrer Geschäfte anbieten zu können und mittelfristig

die Transaktionen auf XETRA erhöhen zu können, hat die Gesellschaft zur Mitte des Jahres einen großen Teil ihrer Abwicklung auf ein bei der Schwestergesellschaft CCB Bank AG; Berlin, geführtes Depotkonto umgestellt. Wie die ersten Erfahrungen des zweiten Halbjahres gezeigt haben, müssen aber die Prozessabläufe zwischen Depotkonto und weiter bestehendem Skontrogeschäft mit der Positionsführung auf so genannten Aufgabenlisten weiter verbessert werden. In der Zusammenführung aller Bestände aus verschiedenen Börsen und Handelsplattformen, auf denen die Gesellschaft tätig ist, entstehen nach wie vor sehr hohe Fremdkosten, die durch die Monopolstellung der deutschen Abwicklung durch Clearstream bedingt sind. Alle weiteren Veränderungen und notwendigen Anpassungen zur Kostenoptimierung wird die Gesellschaft im kommenden Jahr gemeinsam mit der CCB-Bank AG vornehmen. Insoweit ist die Gesellschaft eng eingebunden in die strategische Abstimmung mit der Konzernmutter Berliner Effekten-gesellschaft AG.

## **2.4. Geschäftsverlauf und Entwicklung der Rahmenbedingungen**

Die Gesellschaft hat im Berichtszeitraum die Anzahl der von ihr geführten Skontren an den Plätzen Berlin und Frankfurt durch Neueinführungen von 8.474 auf 10.740 Wertpapiergattungen erhöht. Schwerpunkt der Neueinführungen und bestehenden Skontren bleiben Aktiengesellschaften aus aller Welt, vereinzelt aber auch internationale Anleihen wie etwa argentinische Staatsanleihen, die im abgelaufenen Geschäftsjahr gute Ergebnisbeiträge liefern konnten. Ein für den Geschäftsverlauf wichtiger Indikator ist die Zahl der einzelnen Wertpapiertransaktionen, die in den vergangenen Jahren - seit dem Börsenboom im Jahre 2000 -permanent zurückgingen. Dieser Abwärtstrend konnte im Gesamtjahr 2005 erstmalig mit einem gegenüber dem Vorjahr ganz leichtem Anstieg von 2,8 Millionen auf 2,867 Millionen Transaktionen gestoppt werden. Sehr erfreulich war darüber hinaus zu vermerken, dass sich diese Transaktionen im Jahre 2005 etwas gleichmäßiger über das Jahr verteilten, so dass nunmehr bis auf den umsatzschwachen April und Mai alle anderen Monate für die Gesellschaft profitabel waren. Das Vorjahr war dagegen noch geprägt von einem sehr starken ersten Quartal und nachfolgenden sieben Verlustmonaten mit einem ausgeprägten „Sommerloch“. Erstmals seit mehreren Jahren erhielt das Geschäft wieder deutliche Impulse durch Neuemissionen in Deutschland aber auch anderen Ländern und einer Rückkehr privater Anleger in den Aktienmarkt. Dies lässt sich auch ablesen an dem starken Anstieg der von der Gesellschaft betreuten Wertpapiergattungen auf rund 10.000 von ca. 8000 im Vorjahr. Die Abweichung dieser Zahl von den insgesamt 10.740 Wertpapierskontren ist durch Doppelnotierungen in Frankfurt und Berlin durch die Gesellschaft bedingt. Weiterhin steht die Gesellschaft aber mit dem Produkt „Aktie“ in zunehmendem Wettbewerb mit zahllosen derivativen Produkten wie Optionsscheinen und Zertifikaten. Die Anzahl der Geschäftsabschlüsse in diesen Produkten dürfte in Deutschland inzwischen die Anzahl der Aktientransaktionen übertreffen. Da die Gesellschaft bislang nicht selbst als Emittent für solche Produkte auftritt, kann sie von derartigen Umsätzen auch nicht profitieren. Einen reinen Handel mit diesen Produkten anderer Emittenten lehnt die Gesellschaft aus Risikoerwägungen ab.

Die Entwicklung der Anzahl der Mitarbeiter war ausgesprochen konstant. Zwei Neuzugängen stehen vier Firmenaustritte gegenüber, so dass mit einer Gesamtzahl der Mitarbeiter von 79 zum Jahresende gegenüber 81 im Vorjahr nahezu keine Veränderung eingetreten ist. Entsprechend hat sich die Altersstruktur kaum verändert. Das Durchschnittsalter liegt bei etwa 35 Jahren (Vorjahr 34 Jahre) mit dem Schwerpunkt in der Altersklasse 25 Jahre - 30 Jahre. Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit, beträgt 6,0 Jahre (Vorjahr 5 Jahre). Die Gesellschaft legt großen Wert darauf, ihre gut ausgebildeten und qualifizierten Mitarbeiter auch in umsatzschwachen Zeiten zu halten. Ein flexibler Auf- oder Abbau, z. B. mit Zeitarbeitern je nach Geschäftsverlauf, ist in der Branche schlecht möglich und von der Gesellschaft auch nicht gewollt.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden Investitionen in geringerem Umfang als im Vorjahr für aktivierungspflichtige Sachanlagen vorgenommen. Diese betreffen vor allem den Ausbau, die Ergänzung oder die Erneuerung der bestehenden IT-Systeme. Software wird in der Regel durch Mitarbeiter der Gesellschaft selbst entwickelt und gewartet. Die darin einfließenden Personalaufwendungen sind nicht aktivierungsfähig. Lediglich partiell werden einzelne Werkverträge nach außen vergeben, die je nach Umfang aktivierungspflichtig sind. Im Bereich Netzwerke, Datenbanken, Textverarbeitung u.s.w. wird auf Standardsoftware der großen Anbieter zurückgegriffen.

Insgesamt ist der Kostenanteil für Administration und Verwaltung, allein zur Einhaltung aller börslichen und gesetzlichen Rahmenbedingungen, sehr hoch. Der Gesellschaft ist es aber gelungen, effiziente und praktikable Strukturen zu errichten, die für die eigene Größe angemessen sind.

Angesichts der nach wie vor schwierigen Rahmenbedingungen, ist das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit mit einem Gewinn von 1.595.117,23 € als zufrieden stellend einzuschätzen.

### **3. Entwicklung der Ertragslage**

Wesentliche Positionen der Ergebnisrechnung sind der Provisionsüberschuss und das Ergebnis aus Finanzgeschäften. Die Entwicklung dieser Komponenten ist überwiegend entscheidend für die Ergebnisentwicklung. Der Provisionsüberschuss zeigt in den letzten drei Jahren einen Rückgang. Der starke Rückgang im vergangenen Geschäftsjahr ist auf die geänderte Abwicklung von Geschäften über die Handelssysteme XETRA und TradeGate© zurückzuführen. Seit dem 27. Juni 2005 werden diese Geschäfte als Eigenhandelsgeschäfte abgewickelt, was Aufwendungen für die Abwicklungstätigkeit der CCB Bank AG, Berlin, nach sich zog. Insgesamt wurden 1.017 T€ Provisionsaufwendungen für diese Dienstleistung in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt. Berücksichtigt man diesen in den Vorjahren nicht im Provisionsaufwand enthaltenen Aufwand, ergibt sich ein Anstieg des Provisionsüberschusses um 11%. Hier macht sich die auf Grund der stärkeren Handelstätigkeit der privaten Anleger gestiegene Nettocourtage (+16%) bemerkbar. Die positive Entwicklung des Ergebnisses aus Finanzgeschäften, dem Saldo aus Ertrag und Aufwendungen aus Finanzgeschäften, setzte sich auch im vergangenen Geschäftsjahr fort. Aufgrund der positiven Entwicklung des Ergebnisses aus Finanzgeschäften und der nur moderat gestiegenen allgemeinen Verwaltungsaufwendungen verbesserte sich die Ertragslage der Gesellschaft. Das Ergebnis aus Finanzgeschäften wird 2005 von den Differenzen aus Aufgabengeschäften und den Handelsgewinnen aus Eigenhandelsgeschäften getragen. Die Umstellung in den Prozessen von Geschäften über XETRA und TradeGate© hat, wie im Vorjahr prognostiziert, zu einer Verlagerung innerhalb des Ergebnisses aus Finanzgeschäften von den Differenzen aus Aufgabengeschäften hin zu Gewinnen und Verlusten aus dem Wertpapierhandel geführt. Trotz dieser Verlagerung ermäßigten sich die Plus-Differenzen gegenüber dem Vorjahr kaum um rund 1%. Im Gegenzug stiegen die Minus-Differenzen jedoch um rund 6% an, was zu einem Rückgang der Nettodifferenzen aus Aufgabengeschäften um etwa 12% führte. Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen stiegen im vergangenen Geschäftsjahr im Zuge deutlich höherer Tantiemen und etwas höherer Gehälter um 192 T€ an. Im Gegensatz zu den Personalaufwendungen stiegen die anderen Verwaltungsaufwendungen nicht an. Die Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen gingen deutlich zurück, da insbesondere Teile der Software und der EDV-Geräte im Vorjahr vollständig abgeschrieben wurden, jedoch durch Aktualisierungen und Nachrüstungen noch weiter genutzt werden konnten. Größere Ersatzinvestitionen, die sich in den Folgejahren als Abschreibungen bemerkbar machen, waren so noch nicht erforderlich. Die Software für die Bearbeitung der nun umfangreichen Eigengeschäfte wird über fünf Jahre abgeschrieben. 2005 wurde das System zur Jahresmitte in Betrieb genommen, so dass nur Abschreibungen für sechs Monate zu berücksichtigen waren. Unter steuerlich

möglicher Nutzung der Verlustvorträge verbleibt ein voraussichtlicher Steueraufwand in Höhe von 137 T€

<b>Gewinn- und Verlustrechnung</b>	<b>2003</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>
Zinserträge	508 T€	548 T€	486 T€
Zinsaufwendungen	- T€	- T€	2 T€
Laufende Erträge	10 T€	150 T€	158 T€
Provisionserträge	4.451 T€	4.877 T€	5.561 T€
Provisionsaufwendungen	- 2.196 T€	- 2.839 T€	- 4.318 T€
Ertrag aus Finanzgeschäften	19.179 T€	18.357 T€	22.980 T€
Aufwand aus Finanzgeschäften	- 13.371 T€	- 11.321 T€	- 15.059 T€
Sonstige betriebliche Erträge	877 T€	912 T€	1.121 T€
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil	2 T€	- T€	- T€
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	- 8.811 T€	- 8.697 T€	- 8.889 T€
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	- 958 T€	- 632 T€	- 357 T€
Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 187 T€	- 525 T€	- 67 T€
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere	- T€	- 285 T€	- 19 T€
Erträge aus Zuschreibungen auf Forderungen und bestimmten Wertpapieren	79 T€	- T€	- T€
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	- T€	- T€	- T€
<b>Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit</b>	<b>- 417 T€</b>	<b>545 T€</b>	<b>1.595 T€</b>
Steuern von Einkommen und vom Ertrag	370 T€	6 T€	137 T€
Sonstige Steuern, soweit nicht unter sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen	- T€	6 T€	- T€
<b>Jahresüberschuss / -fehlbetrag</b>	<b>- 47 T€</b>	<b>533 T€</b>	<b>1.458 T€</b>

Aus der Ergebnisentwicklung lassen sich für die folgenden Kennzahlen ableiten:

- Aufwands-Ertrags-Relation (CIR) definiert als Quotient aus der Summe der allgemeinen Verwaltungsaufwendungen und den Abschreibungen sowie dem Rohertrag
- Eigenkapitalrendite (ROE) definiert als Quotient des Jahresüberschusses und dem Eigenkapital
- Ergebnis je Aktie (EpS) definiert als Quotient des Jahresüberschusses und der Anzahl der Aktien

	2003	2004	2005
CIR	113,8%	95,5%	94,3%
ROE	-0,14%	1,51%	4,01%
EpS	0,002 €	0,023 €	0,063 €

#### 4. Entwicklung der Finanzlage

Die Verbindlichkeiten der Gesellschaft sind verhältnismäßig gering. Größte Einzelposition sind die Abgrenzungen für Verbindlichkeiten aus der Inanspruchnahme von Abwicklungsdienstleistungen von der CCB Bank AG. Eine Aufgliederung der Verbindlichkeiten und Rückstellungen kann dem Anhang entnommen werden. Weitere Positionen sind die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden, die vor allem die offenen Verrechnungsbeträge aus dem Börsenhandel beinhalten. Daneben bestehen Verbindlichkeiten aus im Rahmen des Geschäftsbetriebes bezogenen Lieferungen und Leistungen.

Diese enthalten auch Abgrenzungen für bezogene Leistungen, deren Rechnungsstellung zum Bilanzstichtag aussteht, deren Höhe auf Grund der Verträge jedoch bekannt ist. Als wesentlicher Posten sind die Kosten der Abwicklung durch die CCB Bank AG in Höhe von 559 T€ enthalten. Die Gesellschaft finanziert sich fast ausschließlich aus Eigenkapital.

<b>Passivposition</b>	<b>31.12.03</b>	<b>31.12.04</b>	<b>31.12.05</b>
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	22 T€	35 T€	566 T€
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	220 T€	208 T€	254 T€
Sonstige Verbindlichkeiten	694 T€	479 T€	1.258 T€
Rückstellungen	889 T€	927 T€	669 T€
Sonderposten mit Rücklageanteil	- T€	- T€	- T€
<b>Eigenkapital</b>	<b>34.810 T€</b>	<b>35.343 T€</b>	<b>36.316 T€</b>
<b>Summe Passiva</b>	<b>36.635 T€</b>	<b>36.992 T€</b>	<b>39.063 T€</b>

## 5. Entwicklung der Vermögenslage

Die Vermögenslage der Berliner Freiverkehr (Aktien) AG ist von einer relativ hohen Liquidität geprägt. Die Forderungen an Kreditinstitute stellen neben den Anlagen in Wertpapieren der Liquiditätsreserve die größten Positionen der Aktiva. In der nachstehenden Tabelle ist die Entwicklung der letzten drei Jahre dargestellt.

<b>Aktivposition</b>	<b>31.12.03</b>	<b>31.12.04</b>	<b>31.12.05</b>
Barreserve	- T€	- T€	- T€
Forderungen an Kreditinstitute	29.872 T€	24.878 T€	23.668 T€
Forderungen an Kunden	130 T€	201 T€	225 T€
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	- T€	4.493 T€	2.949 T€
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	4.912 T€	6.177 T€	11.240 T€
Immaterielle Anlagewerte	128 T€	140 T€	133 T€
Sachanlagen	1.384 T€	876 T€	638 T€
Sonstige Vermögensgegenstände	201 T€	210 T€	174 T€
Rechnungsabgrenzungsposten	8 T€	17 T€	36 T€
<b>Summe Aktiva</b>	<b>36.635 T€</b>	<b>36.992 T€</b>	<b>39.063 T€</b>

Die Struktur der Aktiva wird auch durch bankaufsichtsrechtliche Regelungen, insbesondere durch Vorschriften zu Großkrediten im Sinne des Kreditwesengesetzes und das Verhältnis von gewichteten Risikoaktiva zum haftenden Eigenkapital, Vorschriften des Grundsatzes I, beeinflusst und begrenzt.

Zusammenfassend kann von einer positiven Entwicklung im vergangenen Geschäftsjahr und zufrieden stellenden Lage der Gesellschaft gesprochen werden.

## 6. Nachtragsbericht

Besondere Ereignisse nach Schluss des Geschäftsjahres ergaben sich bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses nicht.

## 7. Risikobericht

### 7.1. risikopolitische Strategie und Risikomanagement

Die Berliner Freiverkehr (Aktien) AG bewegt sich in einem Umfeld, das zum einen starken Schwankungen hinsichtlich des Geschäftsumfanges und zum anderen einer Umwälzung der Rahmenbedingungen unterworfen ist. In diesem Umfeld ist es erforderlich, das Instrumentarium zur Handhabung, Überwachung und Steuerung der relevanten Risiken kontinuierlich weiter zu entwickeln. Unter Risiko wird grundsätzlich die negative Abweichung eintretender Ereignisse von den erwarteten Ereignissen verstanden. Schaden ist dann der Eintritt eines Risikos mit negativen Folgen. Da sich die Gesellschaft als Liquidity Provider bzw. Market Maker versteht, ist die Bildung und Übernahme von Wertpapierpositionen mit der Erwartung positiver Kursentwicklungen nicht der Ansatz der Geschäftsstrategie. Vielmehr zielt die Geschäftstätigkeit darauf ab, eine Vielzahl von Umsätzen in Wertpapieren zu ermöglichen. Dabei übernimmt die Gesellschaft im Laufe eines Tages zwischenzeitlich die Position als Käufer oder Verkäufer mit dem Ziel, sie weitgehend bis zum Handelsschluss weiter zu handeln. Mit Umstellung der Abwicklung von Wertpapiergeschäften auf den Handelssystemen XETRA und TradeGate® ab Mitte des Jahres stiegen die Bestände, die zum Handelsschluss offen und in der Bilanz der Gesellschaft erscheinen, an. Dennoch sind die Positionen, die bis zum Beginn des Handels am nächsten Tag gehalten werden, im Verhältnis zum Handelsvolumen gering. Wenn nennenswerte Einzelpositionen offen gehalten werden, so erfolgt dies grundsätzlich im Rahmen von Liquiditätsanlagen. Die Entwicklungen in der deutschen und der europäischen Börsenlandschaft sind ein wichtiger Einflussfaktor für die Geschäftstätigkeit und die damit zusammenhängenden technischen Entwicklungen und Rahmenbedingungen. Diese Tendenzen sind frühzeitig auf die Auswirkungen auf die Geschäftsfelder der Gesellschaft und auf die technischen Notwendigkeiten hin zu beobachten. Falsche Entscheidungen können vor allem zu hohen Kosten, Ertragsausfällen und Zeitverzögerungen führen. Für die weitere Tätigkeit im Börsenhandel ist vor allem das Augenmerk auf eine weitere Verlagerung auf elektronische Handelssysteme und deren Auswirkung zu richten. Insbesondere der weiteren Ausgestaltung der Parkettbörse in Frankfurt a.M. und der Bedeutung des Handelssystems Xetra kommen strategische Bedeutung zu.

Basis des Risikomanagementsystems ist die Einteilung der Risiken in Marktpreisrisiken, operationelle Risiken, Adressenausfallrisiken und Liquiditätsrisiken. Das Risikomanagementsystem unterscheidet die unmittelbar mit den Risiken umgehenden Bereiche, das Risikomanagement im engeren Sinne, und das Risikocontrolling, das die Risikosituation überwacht und das Risikomanagement insbesondere mit Informationen über eingegangene Risiken unterstützt. Der Bereich Controlling hat auch die Weiterentwicklung des Risikomanagementsystems wesentlich mit zu verantworten. Grundlage des Limitsystems ist das erwartete Ergebnis des Geschäftsjahres unter Einbeziehung der aktuellen Eigenkapitalausstattung und des aktuellen Ergebnisses des Geschäftsjahres. Für 2005 wurde eine Verlustobergrenze von 8,7 Mio. € beschlossen, die nicht angepasst wurde.

### 7.2. Marktpreisrisiken

Unter Marktpreisrisiken werden negative Abweichungen von erwarteten Marktpreisentwicklungen verstanden. Marktpreise sind Zinsen, Aktienkurse und Devisenkurse. Aus der Änderung resultieren Veränderungen des Wertes von im Bestand befindlichen Finanzinstrumenten, wie zum Beispiel Aktien, Anleihen oder Bankguthaben in Fremdwährung, die zu ergebniswirksamen Abschreibungen führen können. Da ein Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit im Handel und der Vermittlung von Wertpapiergeschäften in Aktien ausländischer Unternehmen liegt, insbesondere in US-amerikanischen Titeln, kommt hier zudem ein indirektes Fremdwährungsrisiko zum Tragen. Änderungen z.B. des Devisenkurses des US-\$ ziehen bei idealen Märkten entsprechende Änderungen des Aktien-

kurses in € nach sich. Im Rahmen des Risikomanagementsystems wird dieses Risiko aus Wertpapiergeschäften implizit im Rahmen des Aktienkursrisikos betrachtet.

Im vergangenen Geschäftsjahr wurden die Controllinglimite erfolgreich überwacht. Aufgrund der Ergebniserwartung für 2005 und der Eigenkapitalausstattung wurde eine absolute Verlustobergrenze für alle Geschäfte der Gesellschaft seitens des Vorstandes beschlossen. Ein Teil dieser Verlustobergrenze wurde als Controllinglimite auf die Handelsbereiche Ausland, Inland und Frankfurt a.M. aufgeteilt. Mit diesen Controllinglimiten werden die schwebenden Verluste aus den offenen Positionen begrenzt. Die schwebenden Verluste errechnen sich aus dem Wert der offenen Position und dem aktuellen Wert anhand eines Referenzpreises. Dieser Referenzpreis wird laufend ermittelt und in das Überwachungssystem eingespielt. In 2005 kam es zu rund 26 Überschreitungen der meistens nur gering ausgelasteten Limite der Handelsbereiche Handel Inland, Handel Ausland, Handel Frankfurt a.M. und Späthandel TradeGate® in Höhe von insgesamt 910 T€ Hintergrund der Limitüberschreitungen war in fast allen Fällen eine fehlerhafte Versorgung des Überwachungssystems mit Referenzpreisen. Gelegentlich werden von den zuliefernden Systemen falsche Kurse, oft falsche Setzung der Dezimalstellen, angeliefert. Unter anderem können dies Fehleingaben von Händlern an den Referenzmärkten sein, die umgehend korrigiert werden. Diese falschen Kurse werden in der Regel umgehend durch neue, korrekte Kurse ersetzt. Bei einer Benachrichtigung des Risikocontrollings über eine Limitüberschreitung wird geprüft, ob dies auf eine bestimmte Gattung zurückzuführen ist. Dies gelingt in den Fällen einer fehlerhaften Kursversorgung in der Regel gut. Wenn offensichtlich ein falscher Referenzkurs für die Bewertung eingespielt wurde, erhält der Controllingvorstand eine entsprechende Information. Über die Korrektur des Referenzkurses hinausgehende Maßnahmen sind dann nicht erforderlich. Wenn die drohenden Verluste auf tatsächliche Kursdifferenzen zurückzuführen sind, hält der Controllingvorstand Rücksprache mit dem betroffenen Handelsvorstand über die zu treffenden Maßnahmen und informiert das Risikocontrolling über das Ergebnis. Bei realisierten Verlusten, die bestimmte Schwellenwerte überschreiten, erfolgt automatisch eine Reduzierung des betreffenden Limits. In einem nachfolgenden Abgleich des aktuellen Ergebnisses der Gesellschaft mit dem geplanten Ergebnis wird über die Beibehaltung oder die Änderung der Limitanpassung entschieden. In 2005 erfolgten keine Anpassungen der Controllinglimite für den Wertpapierhandel.

Ergänzend besteht ein Limit speziell für die Risiken aus den Beständen der Liquiditätsreserve in Höhe von 600 T€. Die Bemessung der Höhe der Risiken wird analog der Betrachtung bei den Handelsbeständen gehandhabt. Bei Limitüberschreitungen wird der Vorstand unverzüglich informiert, der über die weitere Behandlung der Wertpapiere der Liquiditätsreserve beschließt.

Ein weiteres Controllinglimit in Höhe von 50 T€ besteht für Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Banken, Kunden und Lieferanten, sofern diese nicht auf € lauten. Hier sind insbesondere Risiken aus bei einem inländischen Kreditinstitut bestehende ZAR-Guthaben zu nennen. Limitüberschreitungen gab es hier nicht. 2005 wurden ZAR-Devisenswaps zum Management des Devisenrisikos eingesetzt. Limitüberschreitungen ziehen eine Benachrichtigung des Controllingvorstandes und des Handelsvorstandes nach sich, die dann über die weitere Vorgehensweise beschließen.

### **7.3. operationelle Risiken**

Unter operationellen Risiken sind die Risiken zu verstehen, die aus unangemessenen oder fehlerhaften Betriebsabläufen resultieren, oder durch Mitarbeiter, Systeme oder externe Ereignisse, einschließlich der Rechtsrisiken, hervorgerufen werden.

Die bestehende Risikomatrix wurde bezüglich der Risiken, der Frühwarnindikatoren und möglichen Gegenmaßnahmen überprüft. Soweit es neue Erfahrungswerte gab, wurden

die Frühwarnindikatoren neu in die Risikomatrix aufgenommen oder angepasst. Um einen Überblick über eintretende Schäden zu erhalten, waren die Mitarbeiter angehalten, Schadensfälle, die eine jeweils definierte Bagatellgrenze übersteigen, an das Risikocontrolling zu melden. Rückmeldungen erfolgten in 2005 nur in fünf Fällen. Die entstandenen Schäden, die in erhöhtem Arbeitsaufwand bestanden, waren als gering einzustufen. Im Bereich IT-Operations wird ergänzend eine Liste für Systemänderungen, -störungen und -ausfälle geführt. Im vergangenen Jahr traten keine nennenswerten Störungen auf, die bestimmbare oder nennenswerte Schäden verursachten. Im vergangenen Geschäftsjahr hatte die Entschädigungseinrichtung der Wertpapierhandelsunternehmen (EdW) einen Schadensfall (Phoenix Kapitaldienst GmbH). Die EdW ist berechtigt, die ihr gegenüber angemeldeten und von ihr ersetzten Schäden den angeschlossenen Unternehmen im Wege einer Umlage zu belasten. Aus heutiger Sicht kann weder die Höhe noch der Zeitpunkt einer möglichen Umlage hinreichend genau eingeschätzt werden, so dass zwar das Risiko der Inanspruchnahme der Gesellschaft durch die EdW besteht, ein Rückstellungsbedarf jedoch noch nicht gegeben ist.

Das Management der operationellen Risiken obliegt den jeweiligen Abteilungsleitern. Sie überwachen die Arbeitsabläufe, greifen bei Bedarf ein oder passen sie an. Ein spezielles Limit wurde nicht beschlossen. Da von der vom Vorstand zu Beginn des Jahres beschlossenen Verlustobergrenze nur etwa 18% direkt bestimmten Risikoarten zugewiesen wurden, wird für die nicht separat limitierten Risiken der nicht verteilte Betrag pauschal als Deckungsmasse herangezogen.

#### **7.4. sonstige Risiken**

Die sonstigen Risiken umfassen die Adressenausfallrisiken und die Liquiditätsrisiken. Das Adressenausfallrisiko ist die Gefahr, dass Forderungen nicht rechtzeitig, nicht in voller Höhe oder gar nicht zurückgezahlt werden. Die Berliner Freiverkehr (Aktien) AG hat ganz überwiegend Forderungen an Kreditinstitute. Wichtigste Bankverbindung, bei der auch die wesentlichen Teile der Liquiditätsanlagen getätigt wurden, ist die zu den verbundenen Unternehmen zählende CCB Bank AG. Die hier liegenden Einlagen unterliegen aufgrund der Eigenschaft eines verbundenen Unternehmens nicht der Einlagensicherung. Da es sich aber um ein Schwesterunternehmen handelt, das in ein monatliches Berichtswesen eingebunden ist, und personelle Verflechtungen bestehen, Herr Timm ist Mitglied des Aufsichtsrates der Bank, stehen zeitnah ausreichend Informationen zur wirtschaftlichen Lage zur Verfügung. Darüber hinaus bestehen Konten bei weiteren inländischen Kreditinstituten sowie einem ausländischen Kreditinstitut. Neben diesen dem Zahlungsverkehr und der Geldanlage dienenden Bankkonten bestehen Forderungen auf Steuerrückzahlungen sowie Forderungen aus dem Wertpapiergeschäft an andere Makler. Da diese über die Börsensysteme reguliert werden und die Marktteilnehmer der Aufsicht durch die Börsen und die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht unterliegen, sind die Risiken hierdurch als gering anzusehen.

Das Risiko, dass ein Kontrahent eines außerbörslichen Wertpapierhandelsgeschäfts seinen Zahlungs- oder Lieferverpflichtungen nicht nachkommt, betrachten wir als eine Ausprägung des Adressenausfallrisikos. Im Lagebericht des letzten Geschäftsjahres hatten wir im Kapitel operationelle Risiken zu einem darauf zurückzuführenden möglichen Schadensfall berichtet. Weitere dieser Schäden im Rahmen der Abwicklung von Wertpapierhandelsgeschäften entstanden nicht. Die im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2004 gebildeten Rückstellungen in Höhe von 500 T€ wurden für den Rückerwerb der zu liefernden Stücke weitestgehend aufgewendet. Im Verlauf des Geschäftsjahres gelang es uns, etwa die Hälfte des Schadens vom Kontrahenten des ursprünglichen Geschäftes erstattet zu bekommen.

Um das Adressenausfallrisiko weiter zu minimieren unterliegen nunmehr alle einzelnen Transaktionen mit Adressen, die nicht über eine Zulassung an einer deutschen, westeu-

ropäischen oder amerikanischen Börse verfügen einer gesonderten Überwachung direkt durch den Vorstand. Dies betrifft, wie auch der Schadensfall im Vorjahr, überwiegend osteuropäische Handelsadressen.

Unter dem Liquiditätsrisiko sind die Gefahren zu verstehen, seinen Zahlungsverpflichtungen nicht, nicht rechtzeitig oder nicht in vollem Umfang nachkommen oder Vermögensgegenstände aufgrund illiquider Märkte nicht oder nicht zu einem angenommenen Preis veräußern zu können. Die Steuerung der Zahlungsbereitschaft erfolgt im Rahmen einer Planung der Zahlungsein- und -ausgänge für die folgenden zwölf Monate. Das erste Quartal wird auf Monatsbasis, die folgenden werden auf Quartalsbasis berichtet. Sollten bestimmte Grenzen unterschritten werden, erfolgt eine gegenüber dem normalen Turnus häufigere Berichterstattung. Im vergangenen Jahr wurden die selbst gesetzten Grenzen nicht unterschritten. Ergänzend unterliegt die Berliner Freiverkehr (Aktien) AG den Bestimmungen des Grundsatzes II, der bestimmte Mindestanforderungen an das Verhältnis von Finanzmitteln und Finanzverpflichtungen stellt. Die Kennziffern schwankten im vergangenen Jahr zwischen 64,06 und 141,56, bei einer Mindestkennziffer von 1. Das Marktliquiditätsrisiko wird durch die Auswahl der Handelsplätze, eine Berücksichtigung der jeweils aktuellen Marktlage beim Abschluss von Geschäften und der Begrenzung der offenen Positionen gesteuert und überwacht.

## **7.5. Berichterstattung**

Der Gesamtvorstand erhält täglich einen Risikobericht, der die realisierten Ergebnisse des letzten Handelstages, des laufenden Monats und des laufenden Jahres sowie Angaben zu Limitänderungen und zu besonderen Vorkommnissen, wie nennenswerte Limitüberschreitungen und außergewöhnliche Geschäftsabschlüsse hinsichtlich Geschäftspartner, Volumen oder Konditionen enthält. Die Angaben zu den weiteren wesentlichen Risiken der Gesellschaft werden ebenfalls in den Bericht aufgenommen. Insbesondere Angaben zu Schadensfällen aus operationellen Risiken, besonderen Vorkommnissen und getroffenen Maßnahmen finden in den Bericht Eingang. Dieser Risikobericht ergänzt den monatlich dem Vorstand zur Verfügung gestellten Bericht über die wirtschaftliche Entwicklung. Dieser enthält neben der Bilanz und der Ergebnisrechnung Angaben zur Mitarbeiterentwicklung, zur Entwicklung der Wertpapiergeschäfte und einige Kennziffern. Über die Zahlungsbereitschaft der Gesellschaft erhält der Vorstand derzeit quartalsweise eine detaillierte Aufstellung. Um die Transparenz der allgemeinen Verwaltungsaufwendungen zu erhöhen, werden dem Vorstand und den Abteilungsleitern Auswertungen über die den jeweiligen Bereichen zugerechneten Kosten zur Verfügung gestellt. In Gesprächen werden dann Fragen geklärt und ggf. Maßnahmen besprochen. Neben der höheren Transparenz soll auch die Sensibilität der Verantwortlichen gefördert werden.

## **7.6. Institutsaufsicht**

Die Berliner Freiverkehr (Aktien) AG unterliegt auf Grund der Erlaubnis Bank- und Finanzdienstleistungen nach §1 Abs. 1 Nr. 4 und 10 sowie 1a Nrn, 1,2 und 4 KWG erbringen zu dürfen der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. Danach müssen monatlich ein Zwischenausweis nebst Gewinn- und Verlustrechnung, die Berechnungen zu den Grundsätzen I und II sowie quartalsweise Meldungen zu Groß- und Millionenkrediten abgegeben werden. Bei besonderen Ereignissen sind zudem gesonderte Anzeigen einzureichen. Aufgrund der Erlaubnis bestimmte Bankgeschäfte zu betreiben ist die Gesellschaft verpflichtet eine interne Revision gemäß den Mindestanforderungen an die Ausgestaltung der internen Revision der Kreditinstitute zu unterhalten. Mit Erteilung der Erlaubnis, das Finanzkommissionsgeschäft und das Emissionsgeschäft zu betreiben, wurde verfügt, dass die Gesamtkennziffern des Grundsatzes I bis zum 31. Juli 2006 mindestens 12% betragen müssen. Die Kennziffern der Grundsätze erfüllten die Mindestanforderungen stets ohne Probleme. So lag die Eigenkapital-

quote, die das haftende Eigenkapital im Sinne des Kreditwesengesetzes in Relation zu den Risikoaktiva setzt, zwischen 229,1% und 283,1%. Die Gesamtkennziffer, die die anrechenbaren Eigenmittel, die bei uns dem haftenden Eigenkapital entsprechen, in Relation zu den risikobehafteten Positionen setzt, bewegte sich zwischen 158,1% und 190,1%.

Die Finanzholdinggruppe Berliner Effektengesellschaft AG hat die Regelungen zum zusammengefassten Grundsatz I, zum zusammengefassten Monatsausweis und zu den Großkrediten von Institutsgruppen zu beachten. Im Vorgriff auf die weiter ausstehende Bestimmung des übergeordneten Instituts hat die Berliner Freiverkehr (Aktien) AG die entsprechenden Meldungen abgegeben. Die gemeldete Gesamtkennziffer des Grundsatzes I betrug von Januar bis Dezember 2005 zwischen 161,9%, und 209,1%.

## **8. Erklärung gemäß § 312 AktG**

Gemäß § 312 AktG hat der Vorstand der Berliner Freiverkehr (Aktien) AG einen Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen für das Geschäftsjahr 2005 abgegeben. Die Schlußerklärung dieses Berichts lautet:

"Über die vorstehend aufgeführten Rechtsgeschäfte und Maßnahmen hinaus sind im Berichtszeitraum keine Rechtsgeschäfte vorgenommen worden und auch keine Maßnahmen bekannt, über die berichtet werden müßte.

Der Vorstand der Berliner Freiverkehr (Aktien) AG, Berlin erklärt gemäß § 312 AktG, daß die Gesellschaft für jedes Rechtsgeschäft mit dem herrschenden und den mit ihm verbundenen Unternehmen eine angemessene Gegenleistung erhalten hat. Die Beurteilung erfolgte jeweils anhand der Umstände zum Zeitpunkt in dem das Rechtsgeschäft abgeschlossen wurde."

## **9. Ausblick / Prognose**

Die Gesellschaft geht davon aus, dass auch in den nächsten Jahren kein signifikanter Anstieg der Aktientransaktionen zu erwarten ist. Auf der anderen Seite sollte sich die Stabilisierung des Vorjahres auch in 2006 fortsetzen, so dass zumindest ein Geschäftsergebnis in gleicher Höhe wie in 2005 von der Gesellschaft angestrebt wird.

Die im letzten Lagebericht angedeutete Entwicklung und Prüfung neuer derivativer Produkte wurde von der Konzernmutter inzwischen weitgehend abgeschlossen und soll nun durch die Begebung dieser Produktinnovation zum Ende des 1. Quartals 2006 umgesetzt werden. Die Gesellschaft hat zur Vorbereitung des Handels dieser Produkte bereits eine neue Börsenzulassung in Wien beantragt. Die endgültige Umsetzung dieses Projektes kann aber im Moment noch nicht in die zu erwartenden Erträge der Gesellschaft in den kommenden Geschäftsjahren einfließen, zumal die Marktakzeptanz und damit die Umsätze der geplanten Produkte nur schwer abschätzbar sind.

Auf der Kostenseite hat die Gesellschaft nahezu keinen Spielraum Kosten zu reduzieren, sondern unterliegt teilweise gravierenden Preiserhöhungen von Zulieferern oder ergänzenden Dienstleistern. Auf der Personalseite ist mit einem moderaten Anstieg der Basisgehälter zu rechnen. Bei weiter gutem Geschäftsverlauf ist auch ein moderater Anstieg der Mitarbeiteranzahl zu erwarten. Eine Kostenentlastung ist nur im Bereich der Wertpapierabwicklung durch die bereits erwähnten Optimierungsprozesse denkbar. Eine darüber hinausgehende Entlastung käme weiterhin in Frage, wenn die abwickelnde CCB Bank AG andere Wertpapierdienstleister als Kunden gewinnen könnte und damit diverse Mengenrabatte allen Kunden einschließlich der Berliner Freiverkehr (Aktien) AG zugute kämen.

Wichtig bleiben für die Gesellschaft die sich anbahnenden Veränderungen in der deutschen und europäischen Börsenlandschaft ohne dass im Moment klar abzusehen wäre, welche Strukturen sich letztendlich herausbilden werden. Die Gesellschaft ist in allen wichtigen Gremien und Verbänden vertreten und wird die Entwicklungen aufmerksam beobachten bzw. versuchen, aktiv im Gesellschaftsinteresse mitzugestalten.

Angesichts der teilweise sehr unklaren Zielrichtung der maßgeblichen Börsen bleibt die Gesellschaft weiter vielfältig aufgestellt, wird aber wie bisher den Schwerpunkt ihrer Investitionen auf das eigene Handelssystem TradeGate<sup>®</sup> legen, um weitgehende Abhängigkeiten möglichst zu vermeiden. Bezüglich der Transaktionsanzahl wurde über die proprietäre Plattform TradeGate<sup>®</sup> in 2005 etwa 30% des Gesamtgeschäftes der Gesellschaft abgewickelt. Dieser Anteil soll auch im kommenden Jahr weiter gesteigert werden.

Berlin, 31. Januar 2006

Jörg Hartmann

Kerstin Timm

Holger Timm

## **Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2005**

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Berliner Freiverkehr (Aktien) AG, Berlin, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2005 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht ab zugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, den 7. Februar 2006

PricewaterhouseCoopers  
Aktiengesellschaft  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Schreiber)  
Wirtschaftsprüfer

(ppa. Klaus)  
Wirtschaftsprüfer